

N i e d e r s c h r i f t

**über die Sitzung des Planungsverbandes im Amt Süderbrarup am Mittwoch, dem
19.04.2017, um 19.00 Uhr im Amtshaus (Sitzungssaal),**

Anwesend stimmberechtigt:

Verbandsvorsteher	Kutz, Brebel
Bürgermeister	Stahmer, Böel
	Detlefsen, Boren
	Christiansen, Loit
	Grünert, Nottfeld
	Clausen, Rügge
	Callsen, Scheggerott
	Buch, Steinfeld
	Krüger, Wagersrott

Stellv. Bgm.	Frau Blesken, Saustrup
	Delz, Ulsnis

unentschuldigt fehlen: Hansen, Dollrottfeld
Peters, Mohrkirch
Frau Hannemann, Norderbrarup

Nicht stimmberechtigt:

Bürgermeister Bennetreu, Süderbrarup
LVB Clausen
Angestellter Krause als Protokollführer

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Eröffnung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.11.2016
3. Verwaltungsbericht des Verbandsvorstehers
4. Einwohnerfragestunde
5. Beratung und Beschlussfassung zur Aufnahme der Gemeinde Süderbrarup in den Planungsverband im Amt Süderbrarup
 - Öffentlich-rechtlicher Vertrag
 - 2. Änderung der Verbandssatzung
6. Beratung und Beschlussfassung zur 46. Änderung des gemeinsamen Flächennutzungsplanes für einen Teilbereich in der Gemeinde Mohrkirch (Sonderbaufläche Photovoltaikanlage)
 - Eingegangene Stellungnahmen zur öffentlichen Auslegung
 - Abschließender Beschluss
7. Beratung und Beschlussfassung zur 45. Änderung des gemeinsamen Flächennutzungsplanes für Teilbereiche in der Gemeinde Ulsnis
 - Eingegangene Stellungnahmen zur öffentlichen Auslegung
 - Abschließender Beschluss
8. Beratung und Beschlussfassung über die Jahresrechnungen 2015 und 2016
9. Sonstige Vorlagen

TOP 1:

Der Verbandsvorsteher eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht ergangen und die Verbandsversammlung beschlussfähig ist.

TOP 2:

Das Protokoll der Sitzung vom 22.11.2016 wird ohne Widerspruch genehmigt.

TOP 3:

Keine Vorlagen.

TOP 4:

In der Einwohnerfragestunde werden keine Fragen gestellt.

TOP 5:

Der Vorsitzende berichtet einleitend, dass in dieser Angelegenheit im Vorwege bereits mehrere Gespräche geführt wurden. Die Gemeindevertretung Süderbrarup hat einen Beitritt zum Planungsverband unter der Voraussetzung beschlossen, dass ein Stimmenanteil gemäß der ab 2018 im Amtsausschuss gültigen Verteilung erfolgt. Es folgt eine intensive Diskussion.

Der vorliegende öffentlich-rechtliche Vertrag zur Aufnahme der Gemeinde Süderbrarup in den Planungsverband wird danach einstimmig beschlossen.

Auf die 2. Nachtragssatzung zur Verbandssatzung des Planungsverbandes entfallen 9 Ja-Stimmen, eine Nein-Stimme und eine Enthaltung. Damit ist die nach dem Gesetz über kommunale Zusammenarbeit erforderliche Mehrheit von zwei Dritteln der satzungsmäßigen Stimmenzahl der Verbandsversammlung nicht erreicht (erforderlich wären 10 Ja-Stimmen). Eine Mitgliedschaft der Gemeinde Süderbrarup ist damit nicht zustande gekommen.

TOP 6:

Einstimmig wird durch den Planungsverband beschlossen:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes vom 20.12.2016 bis 20.01.2017 abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat der Planungsverband mit dem beigefügten Ergebnis (Anlage 1) geprüft.

Die Amtsverwaltung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen. Die nicht berücksichtigten Stellungnahmen sind bei der Vorlage des Planes zur Genehmigung mit einer Stellungnahme beizufügen.

2. Der Planungsverband beschließt die 46. Änderung des Flächennutzungsplanes.
3. Die Begründung wird gebilligt.
4. Die Amtsverwaltung wird beauftragt, die 46. Änderung des F-Planes zur Genehmigung vorzulegen und danach die Erteilung der Genehmigung nach § 6 Abs. 5 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Hinweis:

Aufgrund des § 22 der Gemeindeordnung waren keine Mitglieder des Planungsverbandes von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen.

TOP 7:

Einstimmig wird durch den Planungsverband beschlossen:

Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfes der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes abgegebenen Stellungnahmen der Bürger, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat der Planungsverband mit folgendem Ergebnis geprüft:

s. Vorlage des Planungsbüros Springer - wird Bestandteil des Originalprotokolls.

Insgesamt gingen ein:

Stellungnahmen TöB, Nachbargemeinden zur Beteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB			
	TÖB	Datum:	Anregungen/Bedenken:
	Der Ministerpräsident / Staatskanzlei Abteilung Landesplanung	04.04.2017	keine
	Innenministerium des Landes S.-H. Abt. IV 2, Ref. 26 - Städtebau/Ortsplanung		
	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr u. Technologie - Abt. Straßenbau u. -verkehr	02.02.2017	<ul style="list-style-type: none">- Ortsdurchfahrtsgrenze ist in die Planzeichnung zu übernehmen;- alle baulichen Veränderungen an der K 119 sind mit dem LBV-SH abzustimmen;- Prüfung von Schallschutzmaßnahmen entlang der K 119
	LLUR - Technischer Umweltschutz	26.01.2017	Hinweis auf Fehler im Fachgutachten zu Immissionsschutz
		07.03.2017	keine
	LLUR – Untere Forstbehörde	10.01.2017	keine
	Kreis Schleswig-Flensburg	18.01.2017	<ul style="list-style-type: none">- Wasserbehörde: In Teilbereich 7 sollte eine separate Regenentwässerung vorgesehen werden;- Untere Naturschutzbehörde: für die Teilbereiche 1 und 2 werden Ausnahmegenehmigungen von der LSG-Versordnung in Aussicht gestellt.
	Archäologisches Landesamt	16.01.2017	keine
	Landesamt für Denkmalpflege		
	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben		

	Landwirtschaftskammer		
	Industrie u. Handelskammer		
	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr		
	SH Netz AG	27.12.2016	keine
	Hamburg Netz GmbH	24.01.2017	Keine
	Deutsche Telekom Technik GmbH	05.01.2017	keine
	Wasser- und Bodenverband Ulsnis- Steinfeld	09.01.2017	keine
	Wasserbeschaffungsverband Südangeln	14.02.2017	Für Teilbereiche 2 und 7 ist eine Versorgung durch den Wasserverband mit Trinkwasser möglich.
	AG-29		
	BUND		
	NABU		
Beteiligung als Nachbargemeinde, sowie als TöB			
	Amtsangehörige Nachbargemeinden		
	Nachbargemeinden im Amt Südangeln		
Anregungen von Privatpersonen			
	Keine		

Weitere Anregungen wurden nicht vorgebracht.

Die Verwaltung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

b) Satzungsbeschluss:

Die 45. Änderung des Flächennutzungsplanes des gemeinsamen Flächennutzungsplanes im Planungsverband Süderbraup für 8 Teilbereiche in der Gemeinde Ulsnis, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) wird abschließend beschlossen. Die Begründung wird gebilligt.

Die Amtsverwaltung wird beauftragt, die 45. Änderung des gemeinsamen Flächennutzungsplanes im Planungsverband Süderbraup für 8 Teilbereiche in der Gemeinde Ulsnis zur Genehmigung vorzulegen und danach die Erteilung der Genehmigung nach § 6 Abs. 5 Baugesetzbuch (BauGB) ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung während der Öffnungszeiten für den Publikumsverkehr eingesehen und über den Inhalt des Planes Auskunft verlangt werden kann.

Hinweis:

Aufgrund des § 22 der Gemeindeordnung waren keine Mitglieder des Planungsverbandes von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen.

TOP 8:

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Hartwig Callsen, berichtet, dass die Prüfung der Jahresrechnung zu keinen Beanstandungen geführt hat.

Vom Planungsverband wird danach einstimmig beschlossen:

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2015 ergibt keine Beanstandungen und es wird festgestellt:

- | | |
|---|-------------|
| 1. a) Das Saldo der Finanzrechnung beträgt: | 30.380,23 € |
| b) Der Endbestand der liquiden Mittel am 31.12. ergibt: | 30.380,23 € |
| c) Das Saldo der Ergebnisrechnung beträgt: | 30.380,23 € |

2. Der Planungsverband beschließt, das Ergebnis wie folgt zu verwenden:

Der Jahresüberschuss in Höhe von 30.380,23 € wird der Ergebnisrücklage zugeführt.

Bisher nicht erteilte Genehmigungen zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben, sofern nicht schon beschlossen, werden hiermit erteilt.

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2016 ergibt keine Beanstandungen und es wird festgestellt:

- | | |
|--|-------------|
| 1. a) Das Saldo der Finanzrechnung beträgt: | -8.229,03 € |
| b) Der Endbestand der liquiden Mittel am 31.12. ergibt | 22.151,20 € |
| c) das Saldo der Ergebnisrechnung beträgt: | -8.229,03 € |

2. Der Planungsverband beschließt, das Ergebnis wie folgt zu verwenden:

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 8.229,03 € wird der Ergebnisrücklage entnommen.

TOP 9:

Keine Vorlagen.

Ende der Beratung: 19.30 Uhr

Vorsitzender

Protokollführer